

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vier, einschließlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Gerberstraße 1, IV., Diktoriahof
Telephonamt 7505.

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühren für die dreispaltige Kleinzeile 2.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 51.

Sonnabend, den 18. Dezember 1920.

24. Jahrgang

Der vierteljährliche Bezugspreis für den „Steinarbeiter“ wird ab 1. Januar 1921 von 2.40 auf 3 M. erhöht. Die fortwährende Steigerung der Druckpreise ist die Veranlassung dazu.

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Nachfolgend unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Gesperri:

Firma Martin Peter in Bernbach (Baden). Grabsteingehäft Fr. Martin in Pforzheim. Plag G. Wildner in Bries, Bez. Breslau. Fr. Müller (Marmorgehäft) in Karlsruhe. Werkplag und Bruch der Firma Birt u. Co. in Oshausen. Die Kollegen erheben die letzten Wochen keinen Lohn.

Das Grabsteingehäft von Ehrhardt u. Hauser in Saalburg.

Janig in Jernshausen:

Außer nach den bereits genannten Orten unter Sperre und Streit nach Halle (Steinmehlen); nach Stuttgart; nach Saargemünd in Lothr. Die Firma „Mine de Granit et Marble“ will an Stelle des Stundenlohnes die Akkordarbeit einführen. Nach Walsdorf und Lehe wegen Lohnhöhen. In Bawgen hat die Firma Polster u. Dießner, Kurh. sämtlichen Arbeitern gekündigt, weil sie angeblich die kürzlich bewilligten 20 Prozent Lohnerhöhung nicht zahlen kann. Das ist in diesem Jahre nur die zweite Kündigung bei der Firma.

Nürnberg. (Marmorarbeiter.) Der Schlichtungsausschuss sprach in seiner Sitzung vom 26. November den Marmorarbeitern (Steinmehlen, Schleifern, Polierern, Fräsern, Drehern und Sägern) 70 Pf., den Hilfsarbeitern 60 Pf., und den Arbeiterinnen (Poliererinnen) 50 Pf. pro Stunde auf die Löhne vom 15. April 1920, ab Montag, den 29. Nov., zu. Die Arbeiterkassette nahm den Entschluß an, die Arbeitgeber lehnten ihn ab. Die Verbindlichkeitsklärung wurde von uns bereits beantragt.

Jena. Die folgenden Unternehmer wollen nach Aussage eines der Herren keine einheimischen, sondern nur fremde und billiger arbeitende Kollegen einstellen.

Bezirk Süd-West-Sachsen. (Schotter und Plaster.) Die Arbeitgeber lehnen es zur Zeit ab, weitere Lohnerhöhungen zu gewähren, von der Gausleitung werden weitere Schritte unternommen.

Ergebnisse Bewegungen:

Bezirk Göttingen-Würzen-Berchtesgaden-Teich. Plaster u. Schotter. Die Arbeitgeber haben der Gausleitung mitgeteilt, daß sie die Vereinbarung vom 18. November ersichtlich anerkennen. Die neuen Sätze sind also, soweit dies noch nicht geschehen, ab 18. November 1920 nachzuführen.

In den oberbayerischen Marmorwerken tritt laut einer früheren Vereinbarung ab 15. November dieselbe Lohnerhöhung-Erhöhung ein wie beim R. V. T. der Granitschleifereien.

Züllich. Durch Vereinbarung vom 6. Dezember werden die Lohnerhöhungen auf die Grundpreise vom 1. März 1920 von 33 auf 50 Prozent ab 1. Dezember erhöht. Die Stundenlöhne werden dadurch um 50 Pf. pro Stunde aufgebessert. Die Vereinbarung gilt bis 28. Februar 1921.

Halle. Die Sperre über Plag Grunide, Merseburg, ist aufgehoben.

Gumbertshausen. Der Streit bei der Firma Pfeiffer, Kalksteinbetriebe, ist beigelegt. Die Arbeit wurde am 10. Dezember wieder aufgenommen. Der Normalstundenlohn wird für die ersten vierzehn Tage auf 6.20 M. und für die Folge auf 6.80 M. pro Stunde festgelegt. Schiefermeister und Ausstarer erhalten weiter das „Mehr“, was sie unter dem alten Tarif erhalten haben. Die abgereisten Kollegen haben Anspruch auf Einstellung bis 2. Januar 1921.

Die „selbständige“ Betriebsräteorganisation und die freien Gewerkschaften.

Die Bestrebungen der Anhänger der selbständigen Betriebsrätebewegung neben den Gewerkschaften besondere Organisationen zu bilden, sind, nachdem sich auch der erste Betriebsrätekongress mit überwältigender Mehrheit auf den Boden der Nichtinclusion des R. V. G. B. und der Afa gestellt hat, gescheitert. Nachdem wird versucht, diese selbständige Bewegung noch weiter zu führen und vielfach sind unsere Kollegen über Zweck und Ziel dieser Bestrebungen auch heute noch nicht genügend informiert, um denselben insbesondere da, wo diese Bestrebungen neu auftreten, energisch entgegenzutreten zu können. Deshalb erscheint es notwendig, eine kurze Darstellung des Ursprungs, des Werdeganges und des Scheiterns der selbständigen Betriebsrätebewegung zu geben.

Durch die Revolution erhielten wir die politischen Arbeiterräte, daneben auch die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, deren Neuerung auf das Hilfsdienstgesetz vom Jahre 1917 zurückgeht, die aber ihre Befugnisse nach der Revolution bedeutend erweitert hatten. Nachdem die politischen Arbeiterräte die Regierungsgewalt in die Hände der Vollbeauftragten gelegt hatten und diese bewalktet, die Wahlen zur Nationalversammlung auszuschreiben und nachdem infolge der Perfidien der Arbeiterbewegung diese Wahlen eine bürgerliche Mehrheit brachten, waren die Funktionen der politischen Arbeiterräte erledigt. Andererseits hatte das inzwischen wieder erstarrte Internationales gegenüber den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen eine immer stärker werdende Abwehrstellung eingenommen, so daß es erst der Kampfkraft der Arbeiter und Angestellten bedurfte, um die Befugnisse der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in Tarifverträgen festzulegen. Aus diesem Kampfe heraus entstand die Forderung der gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Produktionsprozeß, die dann im Artikel 165 der Reichsverfassung ihren Niederschlag und im Betriebsrätegesetz ihre Auswirkung gefunden hat, ohne daß damit allerdings den Wünschen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten auch nur annähernd entsprochen worden wäre. Nachdem die politischen Arbeiterräte verschwunden waren und die Wahlen zu den politischen Arbeiter- und Angestelltenratsparlamenten, warfen sich die ehemaligen Führer der politischen Arbeiterräte auf die Betriebsrätebewegung und hieraus sind dann die Betriebsräteorganisationen entstanden, neben den freien Gewerkschaften selbständige Betriebsräteorganisationen zu schaffen. In drei Stellen Deutschlands machte sich diese Bewegung besonders bemerkbar. Einmal in Groß-Berlin, geführt durch Däumig, zweitens in Mittel-

deutschland unter Führung von Roenen (Halle) und drittens in Rheinland-Westfalen unter Führung von Braß (Remscheid). Diese drei am bekanntesten gewordenen Anhänger der selbständigen Betriebsräteorganisation sind heute sämtlich Reichstagsabgeordnete und gehören seit der Spaltung auf dem Parteitag der U. S. P. im Oktober in Halle der neukommunistischen Fraktion der U. S. P. an. Als vierter ist in dieser Bewegung noch besonders bekannt geworden der ehemalige Vorsitzende des Vollzugsrates der Arbeiterräte Groß-Berlins, Richard Müller, welcher „berühmt“ wurde durch seinen Ausspruch, „nur über meine Leiche geht der Weg zur Nationalversammlung“ und der weniger durch den geistigen Inhalt seiner Anschauungen als vielmehr durch seine Kühnheit in der selbständigen Betriebsrätebewegung hervortrat. Sein berühmter Ausspruch hat ihn nicht abgehalten, sich als Reichstagskandidat aufstellen zu lassen. Er gehört heute ebenso wie die drei übrigen Führer der selbständigen Räte, dem neukommunistischen Teil der U. S. P. an. Sofort nach Abschluß der Wahlen zu den Betriebsräten begann seitens der Anhänger der selbständigen Betriebsrätebewegung eine intensive Bearbeitung der gewählten Betriebsräte. Die Gewerkschaften hatten sich mit aller Energie für das Betriebsrätegesetz eingesetzt. Die Funktionen der Betriebsräte fallen zum größten Teil in das Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Freilich sollte eine in der Praxis ganz unumgängliche Trennung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften vorgenommen werden. Hierzu schreibt in einem Artikel in der Freiheit vom 16. Mai 1920 E. Aufhäuser, Vorstandsmitglied der Afa, sehr treffend:

„In demselben Augenblick, in dem man aber die eigentlich revolutionären Aufgaben der Betriebsräte, d. h. den Einfluß auf die Produktion ausschließlich in eine Sonderzentrale verlegt und diese eigentliche sozialistische Tätigkeit systematisch der Gewerkschafts-sphäre entzieht, werden die Gewerkschaften zu simplen Tarifmaschinen herabgewürdigt. Es ist mehr als eine Scheinheiligkeit, in einem Atemzug über die mangelnde Revolutionierung der Gewerkschaften zu klagen und ihnen gleichzeitig ihre ureigenen Aufgaben des wahren Klassenkampfes bis auf den letzten Rest abzunehmen. Die Trennung der Betriebsräte von den Gewerkschaften bedeutet für diese die Entfernung des wichtigsten revolutionären Elements. Die Revolutionierung der Gewerkschaften würde auf diese Weise zur Unmöglichkeit, ihre Ausbuchtung als Instrument des Klassenkampfes zur höchsten Vollendung gebracht. Es gehört auch mehr Neben- als Haupttalent dazu, der Arbeiterkraft zu erklären, sie könne die in den Richtlinien angedeuteten Erweiterungen der geschicklichen Besetzung betriebsweise oder mit Hilfe der „Zentrale der Betriebsräte“ erlangen. Man müßte die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse verstehen, um zu glauben, daß die Forderungen des letzten Betriebsrätegesetzes anders als durch große geschlossene Gewerkschaftskämpfe durchzusetzen werden könnten. Oder sollen sich etwa auch in Zukunft die einzelnen Betriebsrätegruppen nutzlos im Einzelkampf verbluten? Vielleicht denkt die Zentrale aber, diese notwendigen großen Kämpfe zu führen und den Gewerkschaften lediglich die nachträgliche Finanzierung zu überlassen. Bei dem gestiegenen Selbstbewußtsein der Zentrale liegen solche Gedanken keineswegs im Bereich der Unmöglichkeit.“

Der Kampf der Anhänger der selbständigen Räte wurde jedoch mit rücksichtsloser Energie weiter geführt. Wer sich als Gewerkschaftler diesen Gedankenwegen nicht anschließen wollte, wurde für unwürdig erklärt, weiterhin führende Posten in der Gewerkschaft zu bekleiden, so daß sich gegen diese Art der Apitiation der Vorstände der U. S. P. Arthur Crispian, gezwungen sah, in einem Artikel in der Freiheit vom 27. Mai 1920 folgendermaßen Stellung zu nehmen:

„Wo muß eine Bewegung hinführen, wenn jeder als Klassenkämpfer informiert werden soll, der es wagt, seiner Ueberzeugung gemäß eine Meinung auszusprechen, die von Vertretern einer Räteinstanz nicht geteilt wird! Für Selbsterzerei und Fanatismus, für kleinliches Gezänk und Nechthaberei ist kein Raum in einer Massenbewegung, die die Welt erobern will. Auch hier schrecken die Spuren der Kommunisten, die ihre ganze Kraft fast nur noch dafür einsetzen, Verleumdungen niederzulegen. Wir dürfen nicht Pfaffen und Götzen in unserer Bewegung dulden. Wir brauchen Pfaffen und Götzen, wir brauchen Pfaffen, Wollende und Sandelnde. Die Markteit kann uns nicht von einem „reinen Toren“ geschenkt werden, wir müssen uns alle gemeinsam um ihr durchringen! Und jeder ist berufen, im eblen Geisteskampf der Meinungen Stellung zu nehmen. Und keiner darf verdammt werden, weil er es wagt, eine eigene Meinung zu haben!“

Was veranlaßte die selbständigen Räte, ihre Bewegung mit Gewalt von ihrem Mutterboden, den Gewerkschaften zu trennen? Der Genosse Vrandler von R. V. D. hat dies einmal folgendermaßen klargestellt: Die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und die Genossenschaften erfassen nur einen Teil der Arbeiterkraft. Wir erfassen durch die Betriebsräte alle Arbeitnehmer zu einer einheitlichen Front.

Wenn man das Wort Betriebsrat nur wörtlich nimmt, mag dies theoretisch stimmen. Sobald man aber einen Inhalt, also als Kreisgewerkschaftler den Willen zur Durchführung des Sozialismus mit der Betriebsrätebewegung verbindet, ergibt sich sofort, daß die Gedankenwege Brandlers bloße Nebenarten sind, denn wenn es sich darum dreht, den Sozialismus durchzuführen, wird man sich nur auf eine Waffe stützen können, welche auch innerlich auf dem Boden dieser Weltanschauung steht und alles über sich hinweg im Falle einer Aktion abstrahieren und Periphrasieren in die Reihen der Kämpfer tragen. Es ist eben ein Uebding, den Sozialismus hinten herum einzumischen zu wollen, wie es die Anhänger der selbständigen Räte propagieren. Die Betriebsräte der Gebrüder, Christlichen, Christl. Vnderischen, der Harmonieverbände der Angestellten sind doch nicht von ungefähr gerichtet, sondern von Teilen der Arbeiter, welche Geist von ihrem Geiste sind. Sie würden direkt ihren Wählern entgegenkommen, wenn sie eine andere Politik als diejenige ihrer Anhänger vertreten wollten. Solange Arbeiter und Angestellte die Wahlen von Organisationen sind, wo sie nicht auf dem Boden des Sozialismus stehen, werden sie stets die Partei ihrer Führer und niemals die Partei der Anhänger der selbständigen Räte durchführen. Das ist so klar und hat sich in der Praxis so oft erwiesen, daß es bedauerlich ist heute noch Ausführungen in dieser Richtung machen zu müssen. Es bleibt uns nichts übrig, als durch Aufklärung die Kerle noch nicht zu uns gehörenden Arbeitergewerkschaften in die Reihen der freien Gewerkschaften zu überführen. Von uns ist es sehr interessant, welche Stellung die örtlichen Gewerkschaften einnehmen, die von den Anhängern der selbständigen Räte infiltriert worden sollen. Es schreibt zum Beispiel die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Jahrgang 1920, Nummer 8:

„Betriebsräte! Achtung! Von verschiedenen Seiten wird versucht, die Betriebsrätemitglieder für eine Zentralstelle der Betriebsräte, für provisorische Rätezentralen, für einen Zentralrat der Betriebsräte oder die gewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen zu gewinnen.“

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist an keiner dieser Vereinigungen von Betriebsräten beteiligt. Die Zentralstelle oder die provisorischen Rätezentralen haben einseitig den Willen das Bestehen, die Betriebsräte von den Gewerkschaften loszulösen und sie durch Bildung von Sonderorganisationen kommunistischen oder sozialistischen Zwecken dienstbar zu machen. Der politische Kampf, der zwischen den drei linksstehenden Parteien tobt, soll schließlich durch die Betriebsräte ausgetragen werden. Dazu geben wir uns nicht her.“

Der christlichen Gewerkschaften schreiben in ihrer Beilage „Betrieb und Wirtschaft“ vom Juli 1920:

„Ebenso wenig die christlich-organisierten Betriebsrätemitglieder Bestrebungen von der anarcho-sozialistischen Betriebsrätezentrale entgegenzunehmen, dürfen sie sich von der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und deren Unterorganen bevormunden lassen. Wahrgehend für die Arbeit unterer Betriebsrätemitglieder sind lediglich die Anweisungen, die von der eigenen Organisation ausgehen.“

Das sind immerhin noch ernst zu nehmende Teile der Arbeiterbewegung welche strikte die Absicht der selbständigen Räte abzulehnen, von den Gebrüder, Unorganisierten und Sozialisten, werden selbst die selbständigen Räte keine innere Kampfkraft zuschreiben können, gar nicht zu reden. Denn daß man sich auf diese Schächten im Falle eines Klassenkampfes nicht verlassen kann, dürfte für einen Freigewerkschaftler selbstverständlich sein.

Aber auch die politischen Parteien haben zu dieser Frage Stellung genommen und so schreibt die Freiheit, das Berliner Organ der U. S. P. in einem Artikel „Die Organisation der Betriebsräte“ vom 7. August 1920 folgendes:

„Starke Bedenken haben wir nur gegen den Gedanken, alle Betriebsräte in die Organisation einbezogen zu wollen, auch die nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden. Auch hier hat eine Tradition den Willen der Anhänger dieser Idee geleitet, aber eine Tradition, die, wie uns scheint, unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr fruchtbar zu machen ist. Dieser Ansicht widerspricht sich auch die Berliner Afa, die in ständigem offenkem Kampfe liegt mit allerlei geistigen oder ähnlich verächtlich geachteten Elementen, dem neuen Statut beizutreten. Wir fürchten, daß das geplante Experiment selbigen wird, denn den Sozialismus kann man doch nun einmal nur durch Sozialisten verwirklichen. Darum bedauern wir das eine Bedenken, gerade für die Arbeit der Betriebsräte unentbehrliche Energie durch diesen Gedanken verankert wird, einwirkeln absteig zu stehen.“

Sogar die R. V. D. war zeitweilig anderer Meinung als jetzt, denn ihr Berliner Organ „Die rote Fahne“ schreibt in einem Artikel vom 20. August unter anderem folgendes:

„Die R. V. D. der Betriebsräteverein mit den sachlich auf dem Boden anderer stehenden deutschen internationalen Handlungskreisen fertig werden, wenn man die Afa-Anhänger als reaktionäre Finne nicht werden, weil sie sich Richard Müllers Organisationsideen nicht fügen.“

Es muß immer wieder betont werden — traurig genug, daß es immer wieder gesagt werden muß —, wenn man jemanden den Orden des Richard Müllerschen Betriebsrätevereins in Gestalt einer Mitgliedskarte verleiht, wird er durch diese Neuerunglichkeit weder klüger, noch wird dadurch die hinter diesen stehende Arbeiterkassette kampfkraftiger.“

Um nun auch nur eine Ausherrung der freien Gewerkschaften herauszutreiben, sei aus dem Artikel „Die Zusammenfassung der Betriebsräte im Deutschen Metallarbeiter-Verband“ in der Betriebsräte-Periodik für Funktionäre der Metallindustrie vom 1. August 1920 folgendermaßen angeführt, wodurch die Situation sehr treffend beleuchtet wird:

„Eine „unüberbare Logik“ entwickeln die Vertreter der Betriebsrätezentrale weiter, wenn sie der Arbeiterschaft vorgutäuschen suchen, es brauche nur eine selbständige, allumfassende Betriebsräteorganisation gebildet zu werden und die Einheitsfront des gesamten Proletariats, dazu im revolutionären Sinne, sei hergestellt. Ein Blick auf eine solche buntpintierte Wustkarte genügt, um diese „Einheitsorganisation“ zu erkennen. Wie naiv muß man die Arbeiter einschätzen, wenn man ihnen einzureden versucht, daß die Betriebsräte der R. V. D., R. V. D., U. S. P., S. P. D., Demokraten, Zentrum, Christliche, Christl. Vnderische bis zu den geistlich geachteten „Räten“ über Nacht zu einer homogenen, revolutionären Masse würden, nachdem sie vom Rauberstab der selbständigen Betriebsräteorganisation berührt werden.“

Wir weisen nicht daran, daß uns gemeinsame Arbeit vorwärts bringt. Was wir jedoch entschieden ablehnen müssen, ist jeder Versuch, die Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaften in einer besonderen selbständigen Betriebsrätevereinigung zu organisieren. Eine solche Besondereorganisation können wir nicht mitmachen, weil sie in ihren Folgerungen zu empfindlichen Konflikten und schließlich zur Sprengung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung führen muß. Und dazu kann und darf niemand seine Hand heben. Man versucht zwar abzuwickeln, daß durch die Bildung einer selbständigen Betriebsräteorganisation die Einheit der Gewerkschaften gesichert würde. Die bisher gemachten und bitteren Erfahrungen, die Tatsachen selbst reden jedoch eine andere Sprache. Das ist und auch die Pflicht auf, jede Erhebung besonderer Beiträge durch die Betriebsräte — gleich ob in obligatorischer oder freiwilliger Form — strikte abzulehnen.

Wir befinden uns im Reichen der Krise. Der Kampf der Arbeiter um Aufrechterhaltung der beschränkten Erwerbungsbedingungen wird schwerer von Tag zu Tag. In den einzelnen Betrieben mehren sich die Verleumdungen der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern die Rechte der Arbeiter zu schmälern. In dieser schwersten Zeit ist nicht Raum und Zeit zum unnützen verächtlichen Streit. Da heißt es, alle Kräfte zusammenzufassen und vereinen, um in entschlossener Kampfstellung die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen.“

Einiges über die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband.

In der am 8. November tagenden Zentralkonferenz hielt der Vollerbevollmächtigte ein Referat über die Verschmelzung zu einem Bauarbeiterverband und schilderte eine solche, als wenig Erfolg versprechend für unsere organisatorische und wirtschaftliche Besserung, weshalb einer Verschmelzung im großen Bauarbeiterverband, nach dem Bauarbeiterverband in seiner Weise anzustreben, sondern habe vielmehr die Ueberzeugung, daß eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband in jeder Hinsicht für unsere Mitglieder sowie für die ganze Organisationsform innerhalb des großen Bauarbeiterverbandes nur vorteilhaft sein kann, und werde das den Kollegen an Hand einiger Beispiele beweisen:

Herr Stief ist uns trotz aller Anstrengung nie so nahe gekommen, was Herr Z. wieder einmal in seinem Artikel recht deutlich bewiesen hat. Auch wenn die Forderung für die Steinarbeiter erfüllt würde, es vorläufig wenigstens, nicht anders werden! Darum kein Widerspruch in den Kreisen der Steinarbeiter, obwohl es eine Frage ist, die unsere Existenz aus tiefster Not berührt.

Zweiter Internationales Gewerkschaftskongress.

II.

Grafmann (Deutschland): Die deutsche Arbeiterschaft hat die alte Militärdiktatur bezeugt. Eine Wiederkehr dieser Herrschaft ist unmöglich, die Würgereize zeigten. Der damalige Gewerkschaftskongress war lafisch allumfassend und dadurch unüberwindlich. Gewerkschaften wir, daß die Arbeiterkraft am meisten unter den Folgen des Streikens leiden würde, aber diese Folgen wurden gerne in den Kauf genommen, weil wir nie wieder unter das alte Regime kommen wollen. Wir wehren uns energisch gegen jede monarchistische oder alldeutsche Schrittpolitik, auch durch die Zeit. Schon vor dem Ausbruch des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatten wir mit einer Kontrolle der Wassertransporte begonnen, um nicht nur j. d. Aus- oder Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen und Rußland, sondern auch die Wasserstraßen in Deutschland selbst zu verhindern. Das geschah nicht nur aus grundsätzlicher Gegnerlichkeit gegen den Krieg, sondern auch, um unseren Arbeitsbrüdern im Osten die Abwehr gegen Invasionen nicht zu erschweren, wenigstens für das heute herrschende Regime feindliche Sympathie haben. Wenn wir die Herrschaft der äußeren Rechte abwehren, so werden wir uns aber auch eben so gegen jede von uns kommende Diktatur. Von den kommunistischen Agitationen verpöhlen wir uns nichts. Wie die Beispiele in Ungarn und Dänemark zeigen, bereiten sie nur der Boden vor für die schlimmste Reaktion, gegen die die einschüchternde und völlig entwertete Besetzung sich kaum nicht mehr zur Wehr zu setzen mag. Statt der Revolution bedürfen wir einer Revolution, welche das organisierte Streben nach dem Aufbau einer wehrhaften wirtschaftlichen und demokratischen Demokratie bedeutet. Sie allein ist die Hoffnung der Arbeiter. Die heutigen Arbeiter, die ein Stück dieses Weges zurückgelegt haben, würden nichts schrecklicher, als daß ihr Beispiel in anderen Ländern mit Nutzen für die Arbeiterschaft verwendet werde. Gewiß sind die deutschen Verhältnisse noch nicht dazu; aber sie bilden schon eine günstige Grundlage für weitere Aktionen, als wir sie jemals besaßen. Das letzte republikanische Regime in Deutschland ist zweifellos einer der härtesten Dämme gegen die Reaktion, sowohl gegen eine Diktatur eines Militärs wie auch gegen die Herrschaft einer Clique oder Minderheit. Kurz vor der Abreise erließen wir von neuen Angriffen der Moskauer gegen unsere Gewerkschaften, von einem gegen uns gerichteten Aktionsplan. Unsere Antwort darauf ist, daß wir beifolgen haben, Moskau gegenüber nicht mehr in der Defensive zu stehen, sondern zur Offensive überzugehen, indem wir die Arbeiterschaft über die Folgen und Gefahren des Bolschewismus gründlich aufklären. (Starker Beifall.)

Basilio (Spanien): Aus Spanien müssen wir dem Kongresse leider bittere Klagen über die Zustände in unserem Lande vorlegen. Wahre Bürgerrechte haben wir noch nie gekannt, denn wir leiden noch heute unter einem vollständig mittelalterlichen monarchischen System. Nachdem vor einiger Zeit die wenigen vorhandenen konstitutionellen Rechte auch formell aufgehoben wurden, herrscht ein schlimmer Terror gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer. Im letzten Jahre übertrug die Regierung einem General diktatorische Vollmachten. Dieser löste die Gewerkschaften nach Belieben auf, ließ die Leiter verhaften, deportieren und den Gefängnis zu Gefängnis schleppen. Gründung neuer Gewerkschaften ist unmöglich, da die Behörden die erforderliche Genehmigung ablehnen. Es fassiert uns, daß wir als Abgeordnete Wechselsammlungen abhalten wollen, aber die Polizei die Zuhörer auseinanderreibt und uns selbst festhält. Jetzt will die Regierung ein beiderseitiges Gesetz gegen den „Terror der Arbeiter“ durchdrücken, während in Wirklichkeit der Terror nur von ihr ausgeht und von den Unternehmern, deren Antistatistorganisation schon vielen Arbeitern das Leben kostete. Ich bitte angelegentlich um Ihre Unterstützung in unserem Lande den Internationalen Gewerkschaftsbund, eine eigene und persönliche Untersuchung über die Verhältnisse zu veranstalten.

D'Aragona (Italien) begrüßt die Ausdehnung der Tätigkeit der gewerkschaftlichen Internationale, meint aber, daß die Resolution keine Aktionsmittel bezeichne. Gewiß herrscht allenthalben die Reaktion, aber doch hauptsächlich als Kriegsergebnis und teilweise infolge der sonstigen Landesverhältnisse im Krieges eingenommenen Haltung. Wir dagegen stellen die Solidarität mit den Arbeitern auch der feindlichen Länder über das Einverständnis mit der italienischen Bourgeoisie. Nur dadurch bewahren wir das Vertrauen der Arbeiter und konnten unsere Mitgliederzahl von 400 000 auf 24 Millionen erhöhen, so daß wir die eigene Reaktion allein bekämpfen können. So ist der Achtunderttag zwar nicht Geht, aber praktisch durchgeführt, sogar für einen großen Teil der Landwirtschaft. Wir sind jetzt dabei, die Kontrolle der Industrie praktisch durchzuführen, und zwar im Interesse der Gesamtheit. Bei Ihren Klagen gegen die russischen Angriffe sollten Sie nicht vergessen, daß Ihre Kriegshaltung ihnen den Glauben beibringen konnte, Sie hätten die Sache der Arbeiter verraten. Dabei weiß ich, daß ich selbst auch oft „Verräter“ und „Betrüger“ genannt werde.

Salford (Kanada) erklärt, daß dies ein revolutionärer Kongress, keine Organisation aber geradezu das Gegenteil davon sei, weshalb er den vorliegenden Entschließungen nicht zustimmen könne.

Der Vorsitzende erwidert, dann sei dies wohl der erste internationale Kongress, an dem er teilnehme. Die Zentrale mag sich keine Macht über die einzelnen Länder an.

Bolan (Norwegen) ist gegen den Völkerbund und bes von diesem geforderte Internationale Arbeitssamt. Deren Erwähnung in den Entschließungen solle unterbleiben, bezweigen jeder Angriff auf die Rufen, die in bezug auf Bekämpfung der Reaktion und Opferwilligkeit leuchtender Vorbilder seien.

Björnsen weist in keinem Schlusswort darauf, daß die Amerikaner, die selbst in ihren Kongressen politische Beschlüsse fassen, kein Recht haben, uns politische Betätigung vorzuwerfen. Die Russen sind oft zur Mitarbeit eingeladen worden. Wenn ihnen die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, müßten sie eine solche Einladung annehmen.

Die Resolution über die internationale Lage wird darauf gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen, aber mit 21 906 000 gegen 2 710 000 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Der vom 22. bis 27. November 1920 in London tagende Internationale Gewerkschaftskongress protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zulage treueren offenen oder versteckten Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Er gibt seiner Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den vertriebenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den weißen Schrecken in Ungarn und bei der Aktion zur Verhinderung des Transports von Kriegsmaterial für die kaiserrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus, und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.“

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufsvereinigungen, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung, neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und international den Kampf führe gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongress erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckmäßiges Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzusehen ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß zu jedem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Ar-

beiter aller Länder und Berufe unerlässlich ist, er richtet den dringenden Appell an alle angehörenden Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufsvereinigungen, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von diesen Klassen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine rationelle, leitende Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagen zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen.“

Darauf wird der Kongress auf Donnerstag verlegt, damit die eingeleiteten Kommissionen die übrigen Fragen vorbereiten können.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung verliest der Vorsitzende das Schreiben einer kürzlich nach England gekommenen Abordnung eines niederländisch-russischen Kongresses der Arbeiter in den Uralsgebieten, an dem die Vertreter von 145 000 organisierten Arbeitern teilnahmen. Die Unterzeichner geben ein trübes Bild von der Bolschewistenherrschaft, die aus den Gewerkschaften reine Regierungsapparate gemacht hat.

Eine Resolution über den

Achtunderttag fand noch kurzer Aussprache Annahme, nachdem ein von Norwegen, Italien, Luxemburg, Kanada und Frankreich — zum Teil aus ganz entgegengelegten Gründen — gestellter Antrag, die Anrufung des Internationalen Arbeitsamtes aus der Resolution zu streichen, gescheitert war.

Der zur Frage des Achtunderttages angenommene Beschluß lautet: „Der am 22. November und die folgenden Tage in London verhaltene Interkontinentale Gewerkschaftskongress stellt fest,

daß die Internationale Arbeitssamtlage in Washington einen Entwurf zu einer Übereinkunft betreffend Festlegung der Arbeitszeit in industriellen Betrieben auf 8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche als Richtlinie für die gezielte Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitszeitgesetzgebung bereits der Anerkennung von Höchstzeiten entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern durch die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Reduzierung der Arbeitszeit zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden vergrößert ist, wieder zu vergrößern.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erhebt energischen Protest gegen dieses arbeitserneuernde Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverzügliche Anerkennung und Durchsetzung der Höchstzeiten als Richtlinie.

Der Internationale Gewerkschaftskongress verpflichtet die angehörenden Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hindern, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu rechthafter Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erzeugung des Achtunderttages gezeugt sind. Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Reduzierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Die Rothlocher behandelte der Berichterstatter Merrens (Belgien). Er wies darauf hin, daß die Frage (den die Washingtoner Konferenz und spätere Laugungen des Internationalen Arbeitsamtes bezieht) hat. Seine länger angeführten Ausführungen, die ergänzt wurden durch einen schriftlichen Bericht an den Kongress, gipfelten in der Forderung nach einer den Bedürfnissen aller Länder gerecht werden der Verteilung der Rothlocher, die als Gemeingut der Menschheit angesehen werden müssen, durch den Völkerbund. Allerdings müsse die Organisation des letzteren durch den Druck der Arbeiter unserer bekanntesten Forderungen entsprechend abgeändert werden.

Balser (Österreich) greift den Völkerbund heftig an. An diesen dürften die Arbeiter sich nicht wenden. Sie sollten vielmehr ihre einzelnen Regierungen zwingen, eine internationale Konferenz zur Lösung dieser Frage einzuberufen. Der Völkerbund sei ein Bund der Sieger mit dem beiderseitigen Ziele, Deutschland auszuplündern, wie die Forderungen auf Ablieferung von Rußland usw. zeigen. Der Vorsitzende gibt für die britische Delegation die Erklärung ab, daß sie für die Resolution eintritt, aber auch für den Ausbau des Völkerbundes, der alle Völker umfassen müsse, um ein wirksames Friedensinstrument zu werden.

Salford (Kanada) ist gegen die Resolution, die eine Einmündung in die Angelegenheiten einzelner Länder bedraute. Über seine Rothlocher und Hilfsmittel müsse jedes Land allein bestimmen.

Durr (Schweiz) stimmt der Resolution zu bis auf die Nebenabrede der Aufgabe der Rothlocherverteilung an den Völkerbund, der solchen Aufgaben nicht gewachsen sei.

Die nachfolgende Resolution wurde darauf einstimmig — nur gegen die Bezugnahme auf den Völkerbund waren einige Stimmen — angenommen. Sie lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Interkontinentale Gewerkschaftskongress beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine derartige Zerstörung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht;

in Erwägung, daß der letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rothlocherherstellung ergibt;

in Erwägung, daß die Länder, die die Rothlocher entnehmen, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängen, die über Rothlocher verfügen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich derselben bemächtigen);

in Erwägung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Rothlocher der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiederaufbau ist;

in Erwägung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rothlocher im Wege steht, wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahme gestatten würde die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen;

in Erwägung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterschaft ist, ohne Unterlaß darauf hinzuwirken, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verfallende und ericht werde durch eine rationale Organisation der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker;

in fernerer Erwägung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschlichkeit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rothlocher in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verhandlung herbeizuführen werden kann durch die Bemühungen der Gewerkschaftsinternationale;

in erblicher Erwägung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verhandlung über die Rothlocherverteilung herbeizuführen;

beauftragt der Kongress das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Errichtung einer internationalen Rothlocherverteilungstelle auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldigsten Durchführung zu überreichen.

Die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes kann jedoch nur wirksam werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder ihren Einfluß unverzüglich und kräftig geltend machen, um ihre Regierungen zu raschen und gerechten Entscheidung und Beteiligung der notwendigen Schritte zu veranlassen.

Domit aber die Rothlocherverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerbund anzuschließen.“

Zur Frage des Pazifismus

geformte eine Entschließung in nachfolgender Kommissionsfassung zur Annahme:

„Der Internationale Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Verwirklichung aller Kräfte durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechselt ist.“

Er brandmarkt als Hauptfeind und verurteilt ebenfalls alle Kriegsverbrechen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen neue politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den erdgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schloßen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.“

Gemeinschaftliche Sitzung des Verbandsvorstandes mit Verbandsauschuß.

Am Sonntag, dem 12. Dezember, trafen die genannten Verbandsinstanzen zusammen, um die eingeleiteten Verhandlungen für die ausgearbeiteten Entwürfen zu prüfen und die Wege zu vollziehen. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde bekanntgegeben, daß von der Poststelle Berlin zwei Anträge vorliegen, deren einer sich gegen die Wahl des Kollegen Ernst Winkler zum 1. Verbandsvorstandes ausgespricht, während der andere Antrag gegen die Wahl des Kollegen L. Jahrmarkt ins Hauptbureau Stellung nimmt. In beiden Anträgen wird die Ungültigkeitserklärung der vom Beirat beschlossenen Wahlen verlangt. Begründet waren diese Anträge nichts sagend. (Siehe auch Versammlungsbericht Berlin in heutiger Nummer.) Nach eingehender Debatte wurde mit Rücksicht auf den einstimmigen Beschluß der Beiratssitzung vom 8. November und der dort gehaltenen Aussprache einstimmig beschlossen, über den Antrag gegen den Kollegen Winkler zur Tagesordnung überzugehen. Zum Antrag gegen die Wahl Jahrmarkts wurde herangezogen, daß auf der Beiratssitzung am 8. November zwei Vertreter aus Berlin anwesend waren, aber keine Gründe vorbrachten, die in irgendeiner Weise den jetzt vorliegenden Antrag von Berlin stützen oder rechtfertigen könnten. Auch wurde auf der Konferenz allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die politische Einstellung eines Beamten nicht den Ausschlag geben soll bei den Wahlen, sondern nur seine persönliche Brauchbarkeit und Tüchtigkeit. Es ergibt einen unbilligen Zustand, wenn etwa einer Beifall der Beiratssitzung über den Fall Jahrmarkt zu erteilen, dann sind solche Logungen wertlos. Etwas anderes ist es, wenn ehrenrührige Sachen, die vorher unbekannt, nachträglich zur Kenntnis kommen. So etwas liegt aber in dem Falle Jahrmarkt nicht vor. Der einstimmige Beschluß der Verbandsinstanzen lautet deshalb: An der Wahl wird nichts geändert!

Für den Gauliterposten im 4. Gau (Hannover) hatten sich nur drei, aber gleichwertige Bewerber gemeldet, die auch zur Wahl gestellt wurden, aus der dann Kollege Wilhelm E. J. Hödel, Bremen, als Gauverwalter hervorging. Bestimmt wurde mit Rücksicht auf die besonderen Wohnverhältnisse, daß der Kollege vorläufig seine Tätigkeit von Bremen aus erhalte.

Für den Gauliterposten im 5. Gau (Ahn) legten nur zwei, aber auch gleichwertige Bewerbungen vor. Gewählt wurde der Kollege Adolf Menges, Frankfurt a. M. Auch hier wurde beabsichtigt, keine wie in Ahn keine Wohnung für den Kollegen zu erhalten ist, soll von Frankfurt a. M. aus die Tätigkeit für den Gau 5 erledigen. Des weiteren wurde zum Beschluß erlassen: Die Bezirksstelle, die der Kollege Menges bisher für Oberhessen inne hatte, vorläufig nicht neu zu besetzen, weil Kollege Menges seinen Sitz noch in Frankfurt a. M. behält. Für das Reichsgebiet Dorngap-Württemberg soll dagegen recht bald ein Kollege von dort zur Bestellung kommen, der die Zustellergeschäfte und Agitation leitet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Erneuerung des Arbeitsamtes mit dem Bildhauer (Hauptbureauverwalter) mit einigen Änderungen zugestimmt. Sobald diese gewünschten Änderungen auch die Zustimmung von der anderen Seite haben, erfolgt Abdruck im „Steinarbeiter“. Eine Ausdrucksache fand nach statt über die Vergänge auf gewerkschaftlichen Gebiet, die in unserem Verband durch die Poststelle Halle zum Ausdruck gebracht wurden. Die Stellung der Reaktion zu der Angelegenheit wurde ausgeprochen, aber gewöhnlich, daß der Kampf vor einer höheren Partei aus gehen zum Austrag komme. Nachdem dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte am späten Nachmittag Schluß der Sitzung.

Aus den Zahlstellen.

Wesheim. Am Sonntag, dem 28. November, tagte unsere Mitgliederversammlung, die der Wichtigkeit halber hatte besser besucht sein müssen. Zunächst gedachte die Versammlung der verstorbenen Kollegen Staudinger und Böll, deren Andenken sie in der üblichen Weise ehrte. Zur Tagesordnung übergehend, verlas Kollege Bongartz ein Schreiben der Penitenteinmale, durch welches die Kollegen zum Sammeln von Material zwecks „ünftiger Verhandlungen“ aufgefordert werden. Den Bericht über die Verhandlungen in Leipzig gab Kollege Verneis an. In klarer, leicht verständlicher Weise führte er die Entwicklung und den Gang der Verhandlungen vor. In der Aussprache sind alle Kollegen der Ansicht, daß der neue Vorschlag zwar minimal sei, aber in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage bedeutet er immerhin eine kleine Besserung. Einer allgemeinen Kritik wurde die Akkordarbeit unterzogen und hervorgehoben, daß in Vertrieben mit einer so hochentwickelten technischen Einrichtung wie es allenthalben im Obenwaldbau der Fall ist, das Zeitlohnsystem einzuführen wäre. Die Verteilung ist zugelegt und nur Stundenlohn, Verdachnungen und Vergütungen, hier und da etwas Profil, durch die Steinmetzen auszufragen. Alle erfahrenen Steinmetzen verdienen Stundenlöhne, die weit hinter denen anderer Branchen zurückbleiben. Die während der letzten Verhandlungen veröffentlichte Statistik beweist nur Genüge, wie berechtigt unsere Forderung auf Befestigung des Akkords ist. Unter Verzichtnahme teils Kollege Verneis mit, daß in unserem Stadtparlament von gewisser Seite versucht wird, das vom Staat steuerfreie Minimum zur Verfügung heranzuziehen. Die Veranlassung befragt den Verbands, eine Resolution an die Stadtverwaltung zu senden, welche die Meinung der Steinarbeiter unabweislich zum Ausdruck bringt. Am den nächsten Verbandsamtesbesuch zu steuern und die Unterlocher, besonders der jüngeren Kollegen zu beleuchten, soll in den Vertrieben eine lebhafte Propaganda entfaltet werden. Da in einzelnen Vertrieben verschiedene Neben mit ihrer Produktion im Abstände sind, so werden die dortigen Vertriebsstellen angeordnet, mit aller Energie gegen die säumigen Kollegen durchzusetzen. Kollege Volt ermahnt, daß ein besonderes Augenmerk auf die künftigen Vereine zu richten ist. Sie verbinden die Arbeiterschaft einflussreich und daher nicht eine ständige Zahl von Kollegen an diesem Reichsamt. Galt sich in proletarischen Vereinen zu bestehen. Nach dem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen waren, schloß Kollege Bonowitz die Versammlung.

Lauterbach. Die Poststelle hielt am Sonntag, dem 28. Nov. 1920 eine Versammlung ab, die leider schlecht besucht war. Auf der Tagesordnung stand 1. Bericht über die Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß Nürtingen. Gauverwalter Sartorius referierte. Der Tarif der Schlichter und Bildhauermeister war am 1. Oktober abgeschlossen. Die Unternehmer erklärten, unter keinen Umständen eine Lohnreduktion zu gestatten. Die Sache kam nun wiederum beinahe zwei Monate vergangen sind, vor dem Schlichtungsausschuß zur Verhandlung, der uns 10 Prozent Lohnherabsetzung vorschreiben hat. Die Unternehmer lehnten auch ab, schon bei den Verhandlungen Verhandlung nicht abzubrechen. Aufhören und Wiederaufnehmen, deshalb seien sie nicht in der Lage, die Produktion zu steigern. Ferner schloß sich auch nicht weitere Schritte an. Betreffs der Beiträge zum Gesamtverband ist es bei den meisten von uns eine ungelöste Frage. Kollege Sartorius sprach sich mit, daß uns sehr noch viel Pöbel offenbarte. Im Schlichtungsamt sind wir nun und in der Vermögensverwaltung unserer Mitgliedschaften zwecks Verbindlichkeitsklärung über den Schlichter und die anderen und sind zwecks neuer Verhandlungen an die Schlichterinstanz Kommission zu werden. Es wurde dann eine abschließende Abstimmung herangezogen die mit 18 Stimmen gegen 6 Stimmen den Schlichterinstanz ablehnt, und damit neue Verhandlungen vor der Schlichterinstanz stattfinden. Damit war der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt. Am 2. Punkt Schlichterinstanz werden künftiger mit dem Schlichterinstanz die Kollegen zu besprechen waren, schloß Kollege Bonowitz die Versammlung.

Ganderbach. Am 21. November tagte hier eine Versammlung, in der unser Augenmerk hauptsächlich auf die Angelegenheit

